

Ausschussdrucksache

(12.01.2024)

Inhalt:

Schreiben MIGRANET M-V vom 11.01.2024

zur

Anhörung des Sozialausschusses am 10.01.2024

zum Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Jugendbeteiligung und Integration von Menschen
mit Einwanderungsgeschichte sowie zur Änderung anderer Gesetze
(Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz – JVG M-V)**

- Drucksache 8/2714 -

hier:

unaufgeforderte Stellungnahme zur Anhörung



Rostock, 11.01.2024

Stellungnahme von MIGRANET-MV zum

Gesetz zur Jugendbeteiligung und Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie zur Änderung anderer Gesetze (Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz – JVG M-V) (Gesetzesentwurf der Landesregierung)

MIGRANET-MV begrüßt den Entwurf der Landesregierung zum Gesetz zur Jugendbeteiligung und Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, um damit die Integration und Partizipation von Migrant*innen zu regeln.

Mit diesem Gesetz wird Mecklenburg-Vorpommern das erste Bundesland im Osten Deutschlands sein, das ein solches Gesetz hat. Das Gesetz versucht, die gravierenden Unterschiede hinsichtlich der Teilhabe zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu überwinden. Diese Intention begrüßen wir ausdrücklich.

„Diese Teilhabelücke macht deutlich, dass eine chancengerechte Einbindung und Mitwirkung konsequent umzusetzen ist, um Benachteiligungen entgegenzuwirken. Dabei gilt es, die Potenziale zugewanderter Menschen in einem kontinuierlichen Prozess zu stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Dies gelingt nur, wenn Zugangshemmnisse abgebaut werden, Entfaltungsmöglichkeiten für alle geschaffen werden und Menschen vor individueller und kollektiver Ausgrenzung geschützt sind.“

MIGRANET-MV hat sich mit eigenen Positionen aus der Perspektive der Migrant*innen und seines Netzwerks direkt an der Ausarbeitung des Entwurfes dieses Gesetzes beteiligt. Wir betrachten dies als einen ersten Schritt und werden diesen Prozess auch weiterhin verfolgen und mitgestalten.

Für MIGRANET-MV war immer wichtig, dass die Teilhabe und Integration auf Basis einer verbindlichen Rechtsgrundlage geregelt ist, um ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen in unserem Land zu ermöglichen. MIGRANET-MV hat sich insbesondere für die Etablierung von Strukturen zur Partizipation und Teilhabe von Migrant*innen stark gemacht, beispielsweise durch die Gründung von Migrant*innenräten auf kommunaler Ebene sowie durch ein starkes Netzwerk (Landesverband) von Migrant*innenorganisationen, in unserem Fall MIGRANET-MV. Es ist daher erfreulich, dass im Gesetzesentwurf vorgesehen ist, Beiräte für Migration und Integration in Landkreisen und Gemeinden ab einer Einwohnerzahl von 10.000 einzurichten. Dieser Prozess läuft bereits und hat sich in den letzten Jahren beschleunigt. War der Migrantenrat Rostock über viele Jahre hindurch der einzige Migrant*innenrat in MV, so gibt es seit Kurzem auch Migrant*innenräte im Landkreis Rostock und in Greifswald. Außerdem finden derzeit Gespräche über die Gründung von Migrant*innenräten in Wismar, Schwerin und Neubrandenburg statt.

Des Weiteren begrüßen wir im Entwurf den Paragraphen 22 über die landesweite Interessenvertretung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, in dem festgelegt wird, die Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und MIGRANET-MV.

Leider geht aus dem Entwurf keine klare Regelung zur Finanzierung des Landesnetzwerks der Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) hervor. MIGRANET-MV ist jedoch der Meinung, dass



funktionierende Strukturen zur Vertretung der Interessen von Migrant*innen auf Landesebene auf eine verlässliche Finanzierung angewiesen sind. An die Stelle von projektbezogener Förderung sollte eine institutionelle Förderung treten, so wie in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Wir begrüßen grundsätzlich den Paragraphen 2 (Grundsätze) über die Anerkennung der Vielfalt als Teil der Lebenswirklichkeit, denn die Anerkennung von Religionen der in MV lebenden Menschen ist sehr wichtig für die Integration und Teilhabe. Es ist daher sehr bedauerlich, dass beispielsweise der Islam bis dato nicht als offiziell anerkannte Religionsgemeinschaft gilt. So müssen sich die muslimischen Mitbürger*innen in den Meldebehörden als „ohne Religion“ anmelden, da die Auswahl „Islam“ oder „muslimisch“ nicht im Melderegister vorgesehen ist. Daher benötigen wir gesetzliche Veränderungen in diesem Bereich.

Folgende Ergänzungen / Änderungen schlagen wir vor:

§9 (1) ...ungeachtet ihrer Bekleidung, ihres Aussehens...

„Die Teilhabe am Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Bestandteil einer gelingenden Integration. Ziel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik des Landes ist daher die diskriminierungsfreie, inklusive und chancengleiche Teilhabe am Arbeitsleben möglichst vieler einheimischer und zugewanderter erwerbsfähiger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ungeachtet ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Bekleidung, ihres Aussehens, ihrer Nationalität und ihrer ethnischen Herkunft.“

§11 ...unabhängig von Bekleidung....

„Der Sport leistet einen wichtigen Beitrag für Teilhabe und Integration. Jenseits von Sprachbarrieren und unabhängig von Herkunft, Aussehen, Bekleidung oder Religion stellt er ein niedrighschwelliges und generationsübergreifendes Angebot für Begegnung und Miteinander in der Gesellschaft dar und stärkt das Gemeinschaftsgefühl.“

Als Teil dieser Stellungnahme schicken wir die Resolution der Konferenz der MSO aus dem Jahr 2023 im Anhang.

Wir freuen uns auf die Fortsetzung des Austausches.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rubén Cárdenas Carbajal



Resolution

Partizipations- und Integrationsgesetz MV: MIGRANET-MV als Interessenvertretung der Migrant*innen in MV

Das Netzwerk der Migrant*innenorganisationen MIGRANET-MV ist 2009 aus dem Zusammenschluss von ca. 20 Organisationen entstanden.

In den vergangenen 14 Jahren hat MIGRANET-MV

- die Gründung weiterer Vereine und Initiativen finanziell und strukturell unterstützt
- zahlreiche Projekte für die Qualifizierung und Bildung von Vertreter*innen der MSO durchgeführt
- die Gründung von kommunalen Migrant*innenbeiräten gefordert und unterstützt
- zahlreiche Integrations-, Kultur- und Sportprojekte gemeinsam mit den MSO realisiert
- die Gründung von interkulturellen Zentren/Beiräten in verschiedenen Städten von MV, sowie vieleandere Aktivitäten und Projekte vorangetrieben
- sich bundesweit vernetzt und Migrant*innen aus MV in verschiedenen Bundesorganisationen und Gremien vertreten.

Zurzeit sind mehr als 70 Migrant*innenorganisationen bei MIGRANET-MV vernetzt, das gegenüber der Landesregierung, dem Landesparlament und gegenüber anderen kommunalen Landesorganisationen und Institutionen als Interessenvertreter der Migrant*innen auftritt. Auf diese Weise konnte MIGRANET-MV die Anerkennung verschiedener Institutionen erringen.

Daher begrüßt die Konferenz die Initiative zur Gründung kommunaler Migrant*innenräte in Schwerin, Wismar und in anderen Städten und Landkreisen. Die Konferenz wünscht dem neu gegründeten Migrantenbeirat in Greifswald viel Erfolg!

Im Hinblick auf die Diskussion und die bevorstehende Verabschiedung des Partizipations- und Integrationsgesetzes MV ruft die Konferenz alle Akteur*innen der Integrationsarbeit in MV dazu auf, die Gründung von kommunalen Migrant*innenräten zu unterstützen und MIGRANET-MV als politischen Interessenvertreter der Migrant*innen in MV zu stärken.

Wir brauchen ein Partizipations- und Integrationsgesetz, das klar und deutlich die Stellung von MIGRANET-MV als Interessenvertretung der Migrant*innen in MV festschreibt.

Einstimmig angenommen bei der Konferenz der MSO am 10. Juni 2023 in Greifswald.